zeile Auswärts 70 Pfg., Familien-Anzeigen 50 Pfg., für die Einsiedlungszeile 250 Mk. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prugg, Castrop.

Castroper Anzeiger
Castroper Zeitung

für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 68 — Mittwoch, den 22. März — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der Dollar ist gestern von 305 auf 288 gefallen.

•

Dr. Wiedfeldt, der für den deutschen Botschafterposten in Washington bestimmt ist, hat das Agrement der amerikanischen Regierung erhalten.

•

Im Rechtsausschuß des Reichstages ist der Gesetzentwurf über die Hinzuziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt in 2. Lesung angenommen worden.

•

Die Ernährungsminister der Bundesstaaten haben sich in Berlin zu einer Besprechung über die Getreideumlage versammelt.

•

In der Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates am 24. März wird die Aufhebung der Reichsstelle für Textilwirtschaft als 1. Punkt beraten werden.

•

Von italienischer Seite ist die Gründung einer italienisch-deutschen Handelskammer für das Rheinland nach dem Muster der bereits vor dem Kriege in Italien und Deutschland bestehenden deutsch-italienischen Handelskammern angeregt worden.

•

Chamberlain teilte im englischen Ministerrat mit, daß Lloyd George auf der Votierung eines Vertrauensvotum durch das englische Parlament bestehe. Am 3. oder 4. April wird im Unterhause eine Debatte über die Konferenz von Genua stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird Lloyd George eine große politische Rede halten, wobei er das Vertrauensvotum verlangen wird.

•

Nach einer von Havas bestätigten Meldung des Oeuvre hat Poincare erklärt, er verzichte endgültig darauf nach Genua zu gehen.

•

Wie Havas bestätigend meldet, enthalten die gefaßten Beschlüsse der Reparationskommission den Plan eines Abkommens, wonach Deutschland für 1922 ein Moratorium auf der Grundlage: 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Waren, gewährt wird.

•

Ein Vertreter des Petit Parisien hat Delcasse in Nizza aufgesucht. Dieser sagte, England und Frankreich müßten ihren Weg gemeinsam fortsetzen es gebe kein höheres Interesse, das England und Frankreich hindere, sich miteinander zu verständigen.

•

Poincare hatte Dienstag eine lange Besprechung mit Loucheur

•

Ein Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, der in Zeebrügge einlaufen sollte, konnte wegen Versandung des Hafens nicht einlaufen. Die Ausbaggerung wird etwa 14 Tage beanspruchen.

•

Die Regierung hat auf Ersuchen des Gouverneurs der Kreise Eupen und Malmedy ihre Zustimmung zur Ausweisung der Bevölkerung der Gebiete erteilt, die sich geweigert haben, die belgische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

•

Die Schweizerische Bundeskammer begann mit ihrer diesjährigen Frühjahrstagung. Im Nationalrat wurde zunächst die Organisation der Bundesbahnen behandelt, während sich der Ständerat mit dem Nachtragskredit für 1921 befassen wird.

•

Der „Newyork Herald" schreibt, daß die Meldung, wonach Präsident Harding sich entschlossen habe, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen in französischen Kreisen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen habe. Die Frage, ob die amerikanischen Truppen durch französische oder belgische Truppen abgelöst werden, wird von der Rheinlandkommission entschieden werden.

•

Der spanische Kabinettsrat hat beschlossen, Litauen anzuerkennen.

•

Die russische Presse meldet, daß in Moskau im Zusammenhang mit der Protestaktion der sozialistischen Parteien der europäischen Länder eine gewisse Nervosität herrscht und man ist der Meinung, daß der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre vertagt, wenn nicht überhaupt aufgehoben wird.

•

Bewaffnete nahmen mehrere bekannte Bürger Corks, die Anhänger der Vorläufigen Irischen Regierung sind, gefangen und führten sie nach einem unbekannten Ort weg.

•

Der Schah von Persien ist zu mehrtägigem Aufenthalt in Paris angekommen.

•

In Teheran wurde der zwischen Persien und China abgeschlossene Vertrag ratifiziert, demzufolge beide Regierungen diplomatische Beziehungen anknüpfen.

Letzte Drahtmeldungen.

Eine neue Pharisäer-Note der Entente.

Die deutschen Schadenersatzforderungen in Oberschlesien.

Berlin, 21. März. Der Botschafterkonferenz hat der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer eine Note übersandt in der es u. a. heißt: Herr Dr. Mayer hat der Botschafterkonferenz am 13. Dezember 1921 eine Note zugehen lassen, in der die deutsche Regierung die Forderung an die Alliierten Mächte stellt, Ersatz für die Schulden zu leisten, die im Abstimmungsgebiet während der Besatzungszeit durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. Die deutsche Regierung stellt die Behauptung auf, daß die Vergütung für die Schäden nicht aus den örtlichen Einnahmen geleistet werden darf, sondern daß sie von den alliierten Mächten selbst sichergestellt werden muß. **Die Botschafterkonferenz hat die Pflicht zu erklären, daß sie den in dem Schreiben des deutschen Botschafters entwickelten Thesen keineswegs zustimmen kann.** Der Friedensvertrag sieht vor, daß die für die Verwaltung des Abstimmungsgebietes aufzuwendenden Kosten aus den örtlichen Einnahmen bestritten werden sollen. Die Vergütung für die im Abstimmungsgebiet entstandenen Schäden muß demnach selbstverständlich in diese Klausel mit einbezogen werden. Für den Fall, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichen sollten, müßte festgestellt werden, unter welchen Bedingungen die Entschädigung zu leisten wäre, aber die Verantwortlichkeit der alliierten Mächte kann niemals in Frage kommen.

Die interalliierte Kommission in Oppeln ist der Frage der Schadenregulierung dadurch näher getreten, daß sie unter dem 22. November des Jahres eine Verordnung erlassen hat, betr. des Verfahrens bei der Feststellung der Schäden, die durch die aufständische Bewegung in Oberschlesien verursacht worden sind. (2. Juni 1921.) Die Außerachtlassung der früheren Schäden in dieser Verordnung widerspricht jedoch den Grundsätzen von Recht und Billigkeit. Wenn die alliierten Regierungen ihrerseits entsprechend ihrer Noten an die polnische Regierung vom 11. Mai d. J. die geldliche Verantwortung nicht für jeden Schaden, den die Insurgenten in Oberschlesien verursacht haben, anerkennen, so hat die deutsche Regierung keinen Anlaß, dazu Stellung zu nehmen. Ihr gegenüber sind die beteiligten alliierten Regierungen als Treuhänder des oberschlesischen Abstimmungsgebietes allein verpflichtet.

Unglaubliche Ersparnisvorschläge der Reparationskommission.

Paris, 21. März. Die Verhandlungen der Reparationskommission waren von der Erörterung der Frage der Herabsetzung der Besatzungskosten erfüllt. Man will eine radikale Verbilligung der englischen und französischen Besatzungskosten erzielen, verlangt jedoch, daß auch die deutschen Verwaltungskosten erheblich herabgesetzt werden. Zu diesem Zweck ist von englischer Seite der Vorschlag gemacht worden, eine Herabsetzung der deutschen Verwaltungskosten dadurch zu erzielen, daß die bundesstaatlichen Parlamente auf ein Mindestmaß herabgesetzt oder gänzlich fallen gelassen werden sollen. Dem steht die französische Befürchtung gegenüber, daß durch solche Maßnahmen eine Zentralisierung der Reichsverwaltung erzielt würde, die den französischen Interessen zuwiderläuft. Immerhin wurde berechnet, daß durch den Fortfall der bundesstaatlichen Parlamente und der Bundesgesandtschaften etwa 10 bis 15 Milliarden Papiermark jährlich erspart werden können. Dazu kommen etwa 50,6 Milliarden Papiermark Ersparnis in den Besatzungskosten, so daß mit einer Gesamtersparnis von 60 bis 65 Milliarden Papiermark gerechnet werden kann, die zum Teil zu Reparationszwecken herangezogen werden können. Weiter wurde ein Vorschlag gemacht, um den Länderbesitz, d. h. alle Institutionen, die dem Länderfiskus gehören, wie Elektrizitätswerke, Bergwerke, Lehmgruben usw. unter Reichsfinanzierung und unter Beteiligung von in- und ausländischem Privatkapital zu einem Konsortium zusammenzufassen, um so eine Garantie für die internationale Anleihe zu haben.

Deutscher Reichstag.

Am Regierungstisch Finanzminister Dr. Hermes.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2,30 Uhr.

Auf eine Anfrage des Abg. Zörgiebel (Soz.) der die Weiterverwendung von Briefmarken mit dem Bildnis des früheren Kaisers bemängelt hatte, wird mitgeteilt, daß Ende 1921 von Briefmarken dieser Art im Nennwert von 5 Mark noch eine Anzahl von 1¾ Millionen vorhanden war. Wegen der hohen Herstellungskosten sollten sie im inneren Betrieb aufgebraucht werden und sind nahezu vollständig verwendet.

Das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen wird einem Ausschuß überwiesen.

Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Die Einzelberatung des Vermögenssteuergesetzes wird fortgesetzt.

Nach § 21 beträgt die Vermögenssteuer für natürliche Personen von den ersten 250 000 Mk. 1 %, steigend bis auf 10 %.

Der § 22 führt Zuschläge zu der Vermögenssteuer ein. Der Zuschlag beträgt bei den ersten 250 000 Mk. 100 % und steigt bis auf 200 %.

Abg. Dr. Hertz (Unabh.) beantragt, schon für die ersten 100 000 Mk. 100 % zu erheben und die Steuer bis auf 300 % steigen zu lassen.

Abg. Dr. Helfferich (Dntl.) bekämpft diesen Antrag, während Abg. Höllein (Komm.) für eine Erhöhung der Zuschläge eintritt.

Abg. Dr. Helfferich (Dntl.) beantragt, daß dem Zuschlag zur Vermögenssteuer nicht unterliegen sollen deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrieobligationen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Hypotheken soweit diese sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitz des Steuerpflichtigen befunden haben. Der Redner weist besonders darauf hin, daß ein Millionär von heute im Frieden 25 000 Goldmark hatte.

Staatssekretär Zapf erhebt Bedenken gegen den Antrag.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen die Abstimmungen.

§ 16 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22 und schließlich der Rest des Gesetzes. Eine Entschließung des Ausschusses fordert eine Vorlage, durch die für das Einkommen- sowie für das Erbschaftssteuergesetz diejenigen Aenderungen vorgeschlagen werden, die durch die Markentwertung notwendig sind.

Nach kurzer Aussprache, in der Abg. Dr. Becker-Hessen (D. V. P.) darauf hinweist, daß bereits im vergangenen Jahre eine Reihe von Novellen zur Schonung der kleinen Einkommen ergangen sind, wird die Entschließung angenommen.

Vermögenszuwachssteuer

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. Der Vermögenszuwachs soll gleichzeitig mit der Feststellung des Vermögenswertes für die Vermögenssteuer ermittelt werden, zum ersten Male in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis zum 31. Dezember 1925 von dem entstandenen Vermögenszuwachs später in Zeitabschnitten von 3:3 Jahren für den Zuwachs der vorangegangenen 3 Kalenderjahre. Für die ersten 200 000 Mk. beträgt die Steuer 1 %. Sie steigt bis auf 10 %. Weiter als 12 Jahre zurückliegender Vermögenszuwachs bleibt außer Ansatz. Steuerpflichtig ist nach § 14 nur der den Betrag von 100 000 Mk. übersteigende Zuwachs. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt, schon einen Zuwachs von 50 000 Mk. zu besteuern.

Dieser sowie ein Antrag Dr. Helfferichs (Dntl.) auf Befreiung von Zuwachssteuern für unterhaltspflichtige Personen um je 25 000 Mark wird abgelehnt.

§ 10 (Steuertarif) wird nach kurzer Aussprache nach der Ausschußfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Angabe von Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit.

Der Ausschuß beantragt, den Entwurf abzulehnen. Die Abgeordneten Dr. Geyer (Komm.) und Soldmann (Unabh.) treten für die Wiederherstellung des Gesetzes ein, dessen Nichtzustandekommen der Abgeordnete Koenen (Komm.) als barbarisches Verbrechen an den Nichtbesitzenden bezeichnet.

Im Laufe der weiteren Aussprache führte Abg. Kahmann (Soz.) als Argument gegen die Nachkriegsgewinnsteuer an, daß Abgeordneter Bartz den Namen seines Fraktionskollegen Fries in die Anwesenheitsliste eingetragen habe.

Abg. Koenen (Komm.) erwidert, daß dies kein Verbrechen sei. Man braucht dieses Kontrollmittel lediglich, um das Haus beschlußfähig zu halten. Sogar Minister schreiben sich in die Anwesenheitsliste ein, um dann wieder fortzufahren. Gegen einen von ihnen, Herrn Hermes, lägen noch andere schwere Beschuldigungen vor.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes weist die Die infame Verleumdung scheint auf gewissen Seiten zu einem Werkzeug der Bekämpfung des politischen Gegners geworden zu sein. Dem Verfahren vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß sehe er mit großer Ruhe entgegen.

In der weiteren Aussprache, in der Abgeordneter Dr. Herz (U. S. P.) gegen die Behauptung des Ministers, von Seiten der äußersten Linken seien Verleumdungen laut geworden, Verwahrung einlegt, kommt es zu großem Lärm.

Das Gesetz wird schließlich entsprechend dem Vorschlag des Ausschusses abgelehnt.

Es folgt die 2. Lesung des Körperschaftssteuergesetzes.

Nach dem Beschluß des Ausschusses soll von der Körperschaftssteuer frei sein: die Reichsbank, Reichsdarlehnskassen, die öffentlichen Sparkassen sowie die gemeinnützigen Kreditanstalten, soweit sie von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet und geleitet sind.

Das Körperschaftssteuergesetz wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Weiterberatung.

Schluß 7¾ Uhr.

Die Grenzen des deutschen Volkstums.

Von Dr. Hanns Martin Elster-Berlin.

Die sachliche, unantastbare Kenntnis der Grenzen des deutschen Volkstums muß jedem Deutschen Geistesbesitz sein; denn nur an ihr kann sich die unzerstörbare Ueberzeugung vom Selbstbestimmungsrecht, vom Anrecht auf Revision des Friedensvertrages und seiner Vergewaltigung gründen. Darauf beruht die ganze Zukunftspolitik der Welt, besonders die deutsche Lebensmöglichkeit. Streng an die Tatsachen, die wissenschaftlichen Untersuchungen während all der Jahre vor dem Kriege, die Volkszählung, die Statistiken usw. müssen wir uns halten, um so fester ruht dann unser Recht um so sicherer muß imperialistischer Ententewahn zerschellen. Es gibt kaum eine Arbeit, die jetzt und in Zukunft von höherer Bedeutung wäre, als jedem Deutschen in das Bewußtsein einzuhämmern: das sind die Grenzen des deutschen Volkstums, und sie müssen auch die Grenzen des deutschen Staates werden, soll der Weltfriede möglich sein. Darum sei hier in aller Knappheit und Tatsächlichkeit, wenn diese auch manche schiefe Vorstellung beseitigt, oder bitter erscheinen mag, ein Bild der Grenzen gezeichnet.

Deutschland ist vor allem das Land der Grenzen. Im Westen eine klare, unzweifelhafte, ununterbrochen verlaufende Volks- und Sprachenscheide, im Osten eine Unentwirrbarkeit des Ineinanderfließens deutschen und fremden, slawischen Volkstums.

Im Westen ist die Sprachgrenze den Franzosen gegenüber uralt, schon rund anderthalb Jahrtausende festliegend, nur auf ganz kurze Strecken Staatsgrenze. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg, die Schweiz überschreiten die Sprachgrenze (also die Volkstumsgrenze) zum Nachteil des deutschen Staates: Frankreich hat nur 3¾ Millionen Sprachgenossen an die Zwischenstaaten politisch abgetreten, Deutschland aber rund 13 Millionen! Schon vor 1914! Nun kommt dazu noch die „Desannexionierung" Elsaß-Lothringens! Dessen weitaus größter Teil gehört dem deutschen Volkstum. 1871 verlief, wie heute noch, eine geschlossene Sprachgrenze von Alberschweiler und St. Quirin an den Vogesen bis Deutsch Oth und Retingen an der lothringischen Grenze, Metz einschließend. Nur im oberen Weiß- und Breuschtal, in den Kantonen Schmierlach, Saales und Schirmeck sitzt eine französische Mehrheit; 1910 waren in Lothringen 22,3 Prozent ansässige, in Elsaß 4,8 Prozent ansässige Franzosen. Welche Vergewaltigung völkischen Selbstbestimmungsrechts liegt hier vor!

Das gleiche trifft für Oesterreich zu. Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich (bis auf 12 000 angesiedelte Tschechen) rein deutsch. 1910 hatte ganz Tirol 55 v. H. Deutsche, 40,7 v. H. Italiener, der Rest andere Oesterreicher und Staatsfremde. Ferner halten die 60 000 Rätoromanen zu den Deutschen. Die Volkstumsgrenze verläuft: das ganze Eisack- und Rienz- (Puster-) Tal deutsch, der ganze Lauf der Etsch, von der Quelle bis nach Salurn, dieses einbegriffen, vier Wegstunden vor Trient, die Etsch mit allen Nebentälern deutsch. Die Bezirke Bozen, Bruzen, Brunneck, Rienz, Meran und Schlanders deutsch. Im Welschtal: Im Fenzental und bei Luzern, sowie in Italien die „sieben Gemeinden" deutsche Sprachinseln. Niemals haben die Italiener einen Anspruch auf mehr als ein Drittel von Tirol! Steiermark mit 70 v. H. Deutschen, 29,4 v. H. Slowenen, Kärnten mit 78,2 v. H. Deutschen und 21,2 v. H. Slowenen sind deutsch. In Krain und im Küstenlande sind bis auf einzelne Sprachinseln, wie Zarz, Weißenfels, die Deutschen in der Minderheit. Auch in den volkreichen Sudetenländern: Böhmen, Mähren, Oesterreich-Schlesien liegt klare Scheidung der Sprachgebiete vor. Am Nordwest- und Nordostrande Böhmens geschlossene deutsche Bezirke vom Passe von Taus bis Reichenberg und Friedland, der Böhmerwald, das ganze Egerland. Im Südwesten die rein deutschen Iglauer Sprachinsel. In Mähren sind von 85 Gerichtsbezirken 24 deutsch; die Städte, besonders Brünn, durchaus deutsch. In Oesterreich-Niederschlesien 42,6 v. H. Deutsche, in Oesterreich-Oberschlesien 57,4 v. H. Deutsche. Dazu kommt das deutsche Uebergewicht an wirtschaftlicher, steuertechnischer, kulturell-zivilisatorischer Hinsicht. So ganz stumpfsinnig kann man doch nach der völkerzählerischen Prozenteinteilung auch nicht gehen, wie etwa bei wehrlosen Tiermassen.

Unsere eigene zerklüftete Ostgrenze fällt zwar nur selten mit den Grenzen des deutschen Volkstums zusammen. Aber nach Geschichte, Kultur, Zivilisation, Statistik ist doch klar zu erkennen, daß die alten Grenzen beibehalten werden müssen. Westpreußen rechts der Weichsel gehört schon aus geschichtlichen Gründen völlig zu Preußen, dem es nie streitig gemacht wurde. Danzig — polnisch (denn etwas anderes bedeutet die Internationalisierung nicht!): ja, führen denn nicht unser gesamtes Rheinland, die Schweiz über Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam ein und aus, ebenso Böhmen über Hamburg? 1910 lebten in der Provinz Posen 60,9 v. H. Polen, in Westpreußen 27,9 v. H., in Ostpreußen 3,5 v. H., in Oberschlesien 53,0 v. H. Nach Regierungsbezirken zu urteilen hat nur der von Posen polnische Mehrheit, denn die Mehrheit vom Regierungsbezirk Oppeln (53,0 v. H.) ist doch nicht ernst zu nehmen, wenn man bedenkt, daß dies Land nie zu Polen gehört und viele polnische freizügige Saisonarbeiter hereingeholt hat! Der Regierungsbezirk Bromberg hat 49,6 v. H. Polen, Marienwerder 38,9 v. H., Danzig 13,7 v. H., Allenstein 13,5 v. H. Bedenkt man, daß im ganzen sogenannten Kongreßpolen nur ein einziger Kreis, Miechow (Gouvernement Kielce), 90 v. H. Po-

deutsch!

Die litauischen Ansprüche auf die Kreise Memel, Heydekrug, Tilsit Stadt und Land, wo 39,4 v. H. Litauer sitzen, nehmen ja nicht mal die Feinde ernst, weshalb sie das Land — selbst einstecken . . .

Die dänischen Grenzen liegen auch klar zutage. 1910 hatte ganz Schleswig 28,2 v. H. Dänischsprechende. Von den 133 179 Dänischsprechenden gehörten 127 025 in die vier nördlichen Kreise, 6664 weiter südlich. Zwischen jenen 127 025 Dänen saßen aber 53 015 Deutsche. Kreis Tondern hat z. B. 40 v. H. Dänen, 37,9 v. H. Deutsche und 20,7 v. H. Friesen. Nur die Kreise Flensburg (das Land, denn die Stadt Flensburg ist rein deutsch), Hadersleben Apenrade, Sonderburg kämen überhaupt für eine Abstimmung in Frage, und zwar für sorgsame Einzelabstimmung. Die Dänen hatten aber nicht Einsicht genug, auf Geschenke von Entente Gnaden zu verzichten.

So sehen die Grenzen des deutschen Volkstums aus. Sie müssen jetzt und in Zukunft zum mindesten in den großen von mir bezeichneten Umrissen jedem Deutschen, der sachlich urteilen will, bekannt sein. Und sie müssen die Grenzen des deutschen Staates in Zukunft werden.

Aus dem Reiche.

Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie.

Ueber die Aussichten der großen Koalition schreibt die Nationalliberale Korrespondenz:

Es ist bekannt, daß Zentrum und Deokraten die Erweiterung der Koalition wünschen. Die Deutsche Volkspartei hat aber klar und unzweideutig zu erkennen gegeben daß sie sich auf irgendwelche Verhandlungen in dieser Richtung nur dann einzulassen vermag, wenn alle drei Koalitionsparteien mit einer entsprechenden Aufforderung an sie herantreten. Was man ohnedies wußte, bestätigt der Vorwärts nochmals parteioffiziös, daß die Sozialdemokratische Partei von ihrer Auffassung noch nicht abgegangen sei, sondern im Gegenteil nach wie vor nicht die Absicht habe über den Eintritt der Deutschen Volkspartei zu verhandeln. Somit ist die Lage völlig unverändert, gleichzeitig aber auch völlig klar. Der Deutschen Volkspartei ist sehr viel daran gelegen, daß die in ihren Richtlinien niedergelegten und von der Regierung angenommenen Forderungen restlos zur Durchführung gelangen. Das hat mit der Herstellung der großen Koalition nichts zu tun, und alle daran geknüpften Vermutungen sind müßig, solange die Sozialdemokratische Partei von ihrem Standpunkt nicht abgeht. Sie davon abzubringen, hält die Deutsche Volkspartei am wenigsten für ihre Aufgabe. Uebrigens hat, wenn die die Pressemeldungen darüber zutreffen, Reichstagspräsident Löbe in einer Versammlung zu Riesa erklärt die Erfassung der Sachwerte habe sich diesmal leider noch nicht durchsetzen lassen. Sie werde aber sicher kommen, da es sich als notwendig herausstellen werde, auch zu diesem Mittel zu greifen, um den Unterschied zwischen Prassern und Arbeitern auszugleichen. Wenn Herr Löbe wirklich eine solche Aeußerung getan hat, dann ist das eine Demagogie sondergleichen und nicht gerade geeignet, innerhalb der Sozialdemokratie den Boden für die große Koalition vorzubereiten.

Streichung der Sozialisierungskommission.

Berlin, 21. März. Im Hauptausschuß des Reichstages haben die Sozialdemokraten eine schmerzliche Niederlage erlitten. Mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei beschlossen, die Sozialisierungskommission aus dem Etat zu streichen, die nach der Revolution vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzt wurde, den Uebergang von Kapital in Sozialisierung vorzubereiten, aber trotzdem zu keinen praktischen Ergebnissen kommen konnte, obwohl sie in der Hauptsache aus Sozialdemokraten zusammengesetzt war.

Die Kosten des Achtstundentages.

Berlin, 21. März. In den Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht hat in diesen Tagen der Syndikus der Handelskammer Minden i. W., Dr. Hoffmann, eine Studie erscheinen lassen: „Arbeitsdauer und gewerbliche Produktion Deutschlands nach dem Weltkriege", in der er den Versuch macht, an Hand der Erfahrungen im In- und Auslande und unter Zugrundelegung unseres Friedensbestandes an Arbeitskräften einen rohen Schätzungswert für den uns durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstandenen Schaden aufzustellen. Dr. Hoffmann schließt seine Berechnung mit einer jährlichen Gesamtverlustziffer für das Volkseinkommen in der Höhe von 3½ Millionen Goldmark. Dieser Betrag stellt etwa 8 bis 9 % des deutschen Volkseinkommens vor dem Kriege dar.

Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums im Hauptausschuß.

Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des Reichstages erledigte heute den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Der Antrag der Sparkommission, an dem Personal der Reichsanstalt für Maße und Gewichte Abstriche vorzunehmen wurde abgelehnt. Beim Kapitel Reichsschiffsvermessungsamt wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Regierung erwägen soll, ob nicht eine Zusammenlegung des Reichsschiffsvermessungsamtes mit dem Reichsverkehrsministerium erfolgen könne. Weiter wurde von Seiten der Regierung erklärt, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung ist, daß die Transportversicherung auch unter Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes gestellt werden soll.

Entdeckung einer Funkenanlage in Berlin.

Berlin, 21. März. Von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Bei dem in der Lunastraße wohnhaften Mechaniker Walter Ahrends, einem Vertrauensmann der Kommunistenpartei, wurde eine hochwertige, mit allem Erforderlichen reich ausgestattete Funkenanlage entdeckt. Außerdem wurde ein Verzeichnis der Adressen sämtlicher kommunistischer Postbeamten und Angestellten Berliner Telephon- und Telegraphenbaufirmen und eine geheime Dienstvorschrift über Funken- und Telephondienst vorgefunden. Ahrends ist geflohen. Der an dem Unternehmen beteiligte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Goyl bizo ist verhaftet worden.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Gleiwitz, 21. März. Infolge der zahlreichen Mordanschläge, die letzthin in Gleiwitz verübt wurden, hat der Kreiskommissar in Uebereinstimmung mit den Militärbehörden angeordnet, daß die Kaffeehäuser und Schankstätten um 9 Uhr schließen. Im Stadtteil Petersdorf muß der Schluß bereits um 8 Uhr erfolgen. Die Einwohner werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie den Personalausweis, der jederzeit von ihnen verlangt werden kann, bei sich führen müssen.

Beuthen, 21. März. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die Grubenarbeiter Robert Miotek aus Deutsch-Piekar, Karl Schwarz aus Roßberg und den Wärter sagen behaupteten die Angeklagten, daß sie von Sosnowice aus Befehl erhalten hätten, alle deutschen Landjäger im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu beseitigen, wozu ihnen öfter eine Schwarze Liste vorgelesen worden sei.

Generaloberst von Hausen †.

Exzellenz Generaloberst von Hausen ist in Dresden gestorben. von Hausen war einer der verdienstvollsten Führer während des Weltkrieges, 1846 geboren zu Dresden, besuchte die Militärakademie und wurde 1892 Chef des Generalstabes, 1900 kommandierender General des 12. Armeekorps. Die Legenden, die ihn an dem Ausgang der Marneschlacht Schuld gaben, sind längst widerlegt worden.

Französische tendenziöse Angriffe.

Berlin, 21. März. In einer Unterredung, die Reichswehrminister Geßler dem hiesigen Vertreter des argentinischen Blattes „La Nazion" gewährte, führte er u. a. aus: Gegenüber den tendenziösen Angriffen, die in letzter Zeit der französische Kriegsminister, der Abgeordnete Fabry, der Temps usw. gegen die Reichswehr gerichtet haben, kann ich nur wiederholen, daß wir, wie General Nollet selbst zugeben muß, die uns durch den Friedensvertrag auferlegten schweren Lasten in loyaler Weise erfüllt haben. Die sich über ganz Deutschland verbreitenden Kontrollkommissionen wären bei uns längst vorstellig geworden, wenn die angeblich behaupteten Vorkommnisse sich tatsächlich ereignet hätten. Mit der Reichswehr und Organisationen, wie Sportvereine, Technische Nothilfe usw., die mit der Reichswehr nichts zu tun haben, könne man in den jetzigen Tagen keinen Krieg mehr führen, den das deutsche Volk übrigens auch nicht will, aber die Unruhe wird von anderer Seite in die Welt getragen, da der Pompanz von einem gefährlichen und rachsüchtigen Deutschland aufrechterhalten bleiben muß, um nicht selbst abrüsten zu müssen.

Italien und die Konferenz von Genua.

Das Programm Schanzers.

In der Erwiderung, die Schanzer den Interpellanten in der Kammer erteilte, führte er über Genua etwa folgendes aus:

Italien habe an dem Erfolg der Konferenz das lebhafteste Interesse. Die Skepsis, die vielfache herrsche, sei nicht berechtigt, und die Konferenz, auf der sich zum erstenmal Sieger und Besiegte zur Erörterung der gemeinsamen Interessen zusammenfänden, sei das größte historische Ereignis nach dem Kriege. Es sei richtig, daß einige Fragen in Genua nicht gelöst werden könnten, aber man müsse das Feld erst von einigen politischen Fragen frei machen, ehe man zu Abmachungen über die Rüstungseinschränkungen gelangen könne. Dies sei in Washington hinsichtlich der Seerüstungen zuvor geschehen, und darauf beruhe der Erfolg dieser Konferenz. Natürlich werde Genua nicht die großen und vielen Fragen mit einem Male lösen; diese Lösung könne nur schrittweise geschehen, und Genua werde nicht die letzte Etappe auf diesem schwierigen Wege sein. Beschränkungen seien manchmal eine Gewähr für den Erfolg, wie die Konferenz von Washington gezeigt habe, die nur wenige Fragen gelöst habe, die aber alle Fragen von ungeheurer Bedeutung gewesen seien. Man könne nicht verlangen, daß in Genua die Verträge wiederholt und von Anfang neu gemacht würden. Was die Wiederherstellungen anlange, so begreife man, daß die Frage nicht ex novo auf einem Kongreß geregelt werden könne, dessen Mitglieder in der Mehrzahl aus Teilnehmern sich zusammen setzten, die an der Frage nicht interessiert seien. Schanzer fuhr dann wörtlich weiter fort:

„Trotzdem bleibt die Aufgabe der Konferenz eine sehr hohe. Sie enthält einen politischen Teil, der Raum für Erörterungen bemerkenswerter Tragweite bietet, wie z. B. die Errichtung des europäischen Friedens auf sicherer Grundlage und die Frage der Garantien im Falle eines Angriffs eines Volkes gegen ein anderes. Der wirtschaftliche und finanzielle Teil umfaßt dann ein weites Programm der Niederlegung der Barrieren, die der freien Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen im Wege sind: ein Programm, die öffentlichen Finanzen wiederherzustellen, die so viel Einfluß auf den Geldumlauf und den Wechselkurs haben, ferner ein Programm, um die Zusammenarbeit zwischen den stärksten und den schwächsten Staaten herzustellen, indem man jene europäische Solidarität verwirklicht, die die erste Bedingung für eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas bildet."

Sicherlich sei die Nichtteilnahme der Vereinigten Staaten aufrichtig zu bedauern. Sie wollten wahrscheinlich zuvor die Klärung der Verhältnisse abwarten. Jedenfalls glaube er nicht, daß die Vereinigten Staaten sich lange von den europäischen Erörterungen fernhalten könnten: allzu groß seien dazu die Autorität und die politisch-finanzielle Kraft, die sich die Vereinigten Staaten in der Welt erworben hätten; allzu hoch der Idealismus des amerikanischen Volkes, das die Notwendigkeit erkenne, Europa zu Hilfe zu eilen, allzu stark der Druck eines beträchtlichen Teiles der öffentlichen Meinung, besonders der finanziellen und der Bankkreise, als daß Amerika sich abseits der europäischen Dinge halten könne. Auch wenn die Konferenz keine andre Aufgabe habe, als den Wiedereintritt einiger Staaten Mittel- und Osteuropas in den Kreis und die Bewegung des wirtschaftlichen Lebens durchzusetzen und zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Kraft beizutragen, hätte sie eine außerordentlich bezeichnende Aufgabe vor sich.

Ueber das Programm Italiens sagte Schanzer:

Italien wird die Grundsätze einer Politik aufrechterhalten, die sich niemand dienstbar macht und klar darauf gerichtet ist, die italienischen Interessen zu sichern, in der Welt Garantien des Friedens zu schaffen, die Ordnung für eine friedliche Lösung der Konflikte unter den Völkern ausfindig zu machen, jene zukünftigen Einverständnisse zu fördern, die dazu dienen, in einer nahen Zukunft jene tatsächliche und schnelle Rüstungseinschränkung zu sichern, von der Italien selbst schon ein Beispiel gegeben hat, und endlich die Methoden festzusetzen für eine Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit den Staaten von Mittel- und Osteuropa.

Den Schluß der Rede bildete eine Mahnung zur nationalen Einheit. Er sagte da u. a.: „Die auswärtige Politik ist nur ein Reflex der innern. Eine Nation zählt und wiegt auf der Wage der internationalen Werte in dem Maße, in dem sie stark, geschlossen und gesammelt in ihren Energien im Innern ist."

Die deutschen Vorbereitungen für Genua.

Berlin, 21. März. Die deutschen Vorbereitungen für Genua sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Vorarbeiten in den einzelnen Ressorts sind im wesentlichen beendet. Voraussichtlich wird sich das Kabinett bereits in seiner nächsten Sitzung mit den Ergebnissen dieser Ressortberatungen befassen. Man erklärt, daß man von einem eigentlichen Programm für die Konferenz richten. Im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten, bei denen das Reich nur durch einzelne Delegierte vertreten wurde, werden diesmal nur die zuständigen Ministerien, also das Auswärtige Amt, das Finanz-, das Wirtschafts- und das Wiederaufbauministerium durch ihre verantwortlichen Männer, also durch ihre Minister oder Staatssekretäre in der deutschen Delegation vertreten sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Rathenau die Führung übernehmen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß auch der Reichskanzler nach Genua fährt. Bestimmt wird er sich einige Tage während der Konferenz dort aufhalten, wenn die Premiers der übrigen in Genua vertretenen Staaten, besonders Lloyd George, nach Genua gehen werden. Die Anwesenheit des Reichskanzlers würde aber nur repräsentativer Natur sein. Im übrigen würde auch Dr. Rathenau als Führer der Delegation gelten.

Vorbesprechungen der Kleinen Entente in Laibach.

Prag, 21. März. Die Prager Blätter melden aus Belgrad: Die Ministerpräsidenten der Kleinen Entente, die sich als Führer ihrer Delegation nach Genua begeben, werden vorher in Laibach zusammentreffen und dort eine eintägige Vorbesprechung abhalten. Wie ferner verlautet, soll nach der Konferenz von Genua in Belgrad über eine zehnjährige Verlängerung des Bündnisvertrages mit der Tschecho-Slowakei verhandelt werden. Die Unterzeichnung des neuen Vertrages wird im Sommer in Anwesenheit des nach Karlstadt reisenden Ministerpräsidenten Pasitsch in Prag erfolgen.

Einladung Rußlands an die baltischen Staaten.

Moskau, 21 März. Die russische Regierung hat die baltischen Staaten, die an der Konferenz von Genua teilnehmen, für den 23. März zu einer Besprechung über das Programm von Genua nach Moskau eingeladen. Bekanntlich hat sich die in Warschau abgehaltene Konferenz der baltischen Staaten dafür ausgesprochen, daß die von Rußland abgeschlossenen Verträge mit den baltischen Staaten auf der Konferenz von Genua respektieren müsse.

Uneinigkeit in der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 21. März. Während nach einer Havasmeldung die Wiedergutmachungskommission hinsichtlich der Festsetzung des deutschen Zahlungsplanes für 1922 geschlossen für Anwendung der Beschlüsse von Cannes eingetreten ist, herrscht über die Ausführung der Garantien und die Art der alliierten Kontrollmaßnahmen noch große Uneinigkeit. England und Italien treten für die Absendung eines Ultimatums an Deutschland ein, in dem unter Androhung von Zwangsmaßnahmen innerhalb einer bestimmten Frist zur Einführung der verlangten Finanzreform aufgefordert wird. Kommt Deutschland dieser Aufforderung nach, so werden die Alliierten jede weitere Einmischung in seine inneren Angelegenheiten unterlassen. Frankreich und Belgien dagegen wollen die sofortige Errichtung einer Kontrollstelle, die Ueberwachung der deutschen Finanzen, besonders aber der Zölle und Auslandsdevisen. Es wird nun versucht, zwischen diesen beiden Ansichten ein Kompromiß herzustellen, derart, daß Deutschland aufgefordert wird, eine Kontrollstelle grundsätzlich zuzulassen, daß diese aber erst später in Wirksamkeit treten soll. Man hofft, in der heutigen Sitzung hierüber zu einer Verständigung zu gelangen.

Vor den Beschlüssen über das Moratorium.

Paris, 21. März. Der „Temps" hält es für sicher, daß die in Cannes vereinbarten Ziffern für die deutschen Zahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922 aufrecht erhalten bleiben, also nicht die Erhöhungen, die gestern einige Moraenzeitungen als gesichert erklärten. Von den 720 Millionen Goldmark, die Deutschland danach zu zahlen hätte, sind 248 Millionen Goldmark bereits an die Wiedergutmachungskommission abgeführt. (7 provisorische Zahlungen von je 31 Millionen Goldmark am 18. Januar und eine frühzeitige in gleicher Höhe vom 8. Januar.) Es bleiben also noch 472 Millionen Goldmark, die bis Ende d. Js. zu begleichen wären. Von den Sachlieferungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark ist der Wert der Lieferungen abgesetzt, die seit dem 1. Januar geleistet worden sind.

Zum Abschluß der Londoner Reparationsverhandlungen

London, 21. März. Die Verhandlungen über die Reparationen sind abgeschlossen. Morgen wird Lord Curzon mit seinen Sachverständigen nach Paris zur Konferenz der Außenminister Britanniens Frankreichs und Italiens über das nahe Ostproblem abreisen. Die Sachverständigen kommen zusammen um über die verschiedenen Standpunkte über den beabsichtigten Wiederaufbau Europas eine Einigung zu erzielen. Es werden Delegierte Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans anwesend sein. Nach den bisherigen Abmachungen werden die britischen Delegierten für Genua in drei Gruppen reisen, die erste am 4. April.

Wie man sich den Wiederaufbau denkt.

Paris, 21. März. Der „Temps" spricht in seinem heutigen Leitartikel von einem Wiederaufbauplan für Mitteleuropa, dessen Herkunft er verschweigt; er erklärt jedoch, daß er gegebenenfalls mitteilen könne, woher dieser Plan stamme. Er bestehe hauptsächlich in folgendem:

In jedem der Staaten, der Hilfe in Anspruch nehmen wolle, müsse die Regierung ein Verwaltungs- und Finanzprogramm aufstellen, das vom Parlament zu genehmigen sei. Die Staaten, um die es sich handle, könnten nur nach Maßgabe der durchgeführten Reformen Kredite erlangen und müßten zur Ueberwachung Finanzbeiräte anstellen, die auch die Steuereinnahmen und die Verwaltung der Eisenbahnen zu beaufsichtigen hätten. Die dieser Reglung unterworfenen Staaten müßten Pfänder stellen, um die Anleihen zu sichern. Die Verwaltung der Pfänder unterliege einer Aufsicht. Der Staat, der seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, erhalte keinen weiteren Kredit.

Der „Temps" wendet sich gegen diesen Plan und erklärt:

Nach dem Waffenstillstand hätten die Verbündeten die deutsche Kapitalflucht nicht zu verhindern gewußt. Seit drei Jahren hätten sie es nicht fertig gebracht, von ihrem Angreifer, dem Deutschen Reich, die geringsten Sicherheiten zu erhalten, und erst heute, drei Jahre nachdem der Friedensvertrag von Versailles in Kraft getreten sei, arbeite der Wiederherstellungsausschuß ein Garantieprogramm aus. Das wirtschaftliche Chaos in Europa sei das ausschließliche Werk der Leute, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sabottiert hätten und der Bolschewiken, die der deutsche Generalstab nach Rußland gebracht habe. Und jetzt werde ein Plan ausgearbeitet, nach dem die Großmächte des Verbandes zu Polen, Rumänien, Südslawien und unter gewissen Vorbehalten auch zur Tschecho-Slowakei sagen wollten: Ihr werdet kein Geld erhalten wenn ihr euch nicht der Aufsicht unterwerft, die wir in Deutschland nicht einrichten konnten.

Der „Temps" glaubt, daß dieser Plan, nachdem er

Abberufung der amerikanischen Rheinbesatzung.

Paris, 21. März. Reuter meldet aus Washington, der Staatssekretär für das Kriegswesen hat angeordnet, daß alle noch am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückgezogen werden sollen.

Das Programm der Orientkonferenz.

Am Mittwoch werden sich die Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens zunächst mit dem orientalischen Problem beschäftigen und, wenn möglich, eine Grundlage für einen türkisch-griechischen Frieden schaffen. Dem Londoner Korrespondenten des Matin zufolge widerstrebt die englische Regierung einer Revision des Vertrages von Sevres heute nicht mehr so wie bisher. Lord Curzon werde bereit sein, der Türkei einen Teil der Gebiete zurückzuerstatten, die England bisher Griechenland zuweisen wollte. Er fordere aber, daß die Türkei gezwungen werde, ohne Diskussion die Bedingungen Frankreichs, Englands und Italiens anzunehmen. Diese Politik der Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei wird von Frankreich abgelehnt. Ein Memorandum des Marschalls Foch hatte seinerzeit dargetan, daß eine solche Politik überhaupt praktisch undurchführbar sei. Jossuff Kemal Bei hatte eine Unterredung mit einem Vertreter der Times, wobei er sagte, daß die Türkei einen dauerhaften Frieden wünsche, der den Ansprüchen der mohammedanischen Welt genüge. Die Türkei fordere jene Gebiete, die tatsächlich von den Türken bevölkert seien. Die Souveränität der Türkei dürfe nicht verletzt werden. Sie müsse dieselben Rechte genießen, wie alle anderen Völker.

Aus dem Auslande.

Faszistenverhaftungen in Italien.

Rom, 21. März. Gestern sind im ganzen Lande auf Befehl des Ministers des Innern wegen Landesfriedensbruchs ungefähr 800 Faszisten verhaftet und in den Strafgerichten eingeliefert worden. Gegen weitere 1000 ist Strafantrag gestellt, sie wurden aber wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sie wegen geringerer Vergehen angeklagt sind.

England und die ungarischen Monarchisten.

Wien, 21. März. Die englische Gesandtschaft hat es abgelehnt, die von den ungarischen Monarchisten überreichten Gesuche an den König und die Königin von England zugunsten der Familie des Exkaisers Karls weiterzuleiten und hat die Gesuche an die betreffenden Stellen zurückgewiesen.

Trotzki hat sich nach der Ukraine begeben.

Riga, 21. März. Im Zusammenhang mit der von sowjetrussischer Seite vorgenommenen Truppenkonzentration an der Westgrenze Rußlands hat sich nunmehr außer dem Oberkommandierenden der Roten Armee auch Trotzki nach der Ukraine begeben.

Vorlegung des Staatshaushalts im Sejm.

Warschau, 21. März. Der polnische Staatshaushalt, der ein Defizit von über 123 Milliarden aufweist, wird in diesen Tagen dem Sejm vorgelegt werden.

Beginn der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Memel.

Warschau, 21. März. Die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Polen und Memel haben unter dem Vorsitz des polnischen Vertreters in Memel, Szarota, begonnen.

Eröffnung der internationalen Sanitätskonferenz.

Warschau, 21. März. Die Internationale Sanitätskonferenz hat am Donnerstag nachmittag 4 Uhr begonnen. Man eröffnete sie mit einer Begrüßungsversammlung. Abends findet eine Galavorstellung in der großen Oper statt. Morgen vormittag ist die offizielle Eröffnung im Gebäude des Ministerrates, worauf in die sachlichen Beratungen eingetreten werden soll. An der Konferenz nehmen etwa 70 Vertreter verschiedener Staaten teil. Sowjetrußland hat seine Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, da diese vom Völkerbunde veranstaltet würde, Sowjetrußland dem Völkerbunde aber nicht angehöre.

Ausbreitung des Streikes der städtischen Arbeiter in Ostpreußen.

Danzig, 21. März. Außer den Städten Thorn, Graudenz, Bromberg und Posen sind heute auch in Dirschau die Arbeiter der städtischen Betriebe, einschließlich der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter wegen der 25%igen Lohnerhöhung in den Streik getreten.

Die Antwort auf die russische Note.

Warschau, 21. März. In seiner Antwortnote auf die Note der russischen Regierung über das Bestehen weißgardistischer Organisationen in Polen betont der Außenminister Skirmund, daß Polen keinerlei feindliche Absichten gegen Rußland habe. Skirmund versichert ferner, daß auf polnischem Gebiet keinerlei Ueberfälle auf Rußland vorbereitet werden und stimmt schließlich der Forderung Rußlands zu, daß alle Schritte unternommen werden sollen, um zu verhindern, daß die Sowjetregierung irgend einen Anlaß zur Verwirklichung ihrer Drohungen erhält.

Gautag des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Sonntag fand in Hagen unter überaus starker Beteiligung der 15. niederrheinisch-westfälische Gautag des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes statt. Annähernd 1000 Mitglieder und Freunde des Verbandes hatten sich in dem in reichem Farbenschmuck glänzenden Saale zusammengefunden. Nach mit großem Beifall aufgenommenen Begrüßungsansprachen des als Gast erschienenen Landtagsabgeordneten Rippel (D. N.) und der Herren Alef (Gewerkschaftsbund der Angestellten) und Rechtsanwalt Schenck trat man in die Tagesordnung ein, auf der folgende 2 Punkte standen: Unsere Forderungen an Regierung und Parlamente und „Kaufmannsgehilfe, Gewerkschaft und Politik". Der zur Tagesordnung zu Worte gemeldeten Redner begründeten die Forderungen der deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, die in folgenden Entschließungen niedergelegt wurden: Wir fordern: Sicherung der bewährten kaufmännischen Stellenvermittelung der Verbände durch Ablehnung eines Betriebsmonopols der öffentlichen Nachweise. Ausbau der selbständigen Angestelltenversicherung, namentlich durch das Recht der Selbstverwaltung, grundsätzliche Sicherung des achtstündigen Arbeitstages, völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Erhaltung der jetzt in den Kaufmannsgerichten bestehenden Rechtsprechungsorgane als Berufskammern bei den künftigen Arbeitsgerichten. In der zweiten Entschließung wendet sich der Verband gegen die Verschleppungstaktik der sozialistischen Parteien, durch die der Ausbau der Angestelltenversicherungen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags verhindert worden ist. Des ferneren fordert der Verband die Gewährung des Rechtes der Selbstverwaltung an die bei der Versicherung beteiligten Angestellten und Arbeitgeber. Beide Resolutionen fanden einstimmig Annahme und wurden mit großem Beifall aufgenommen.

einbesatzung.
aus Washington,
hat angeordnet,
n amerikanischen
n werden sollen.

tkonferenz.

enminister Frank-
t mit dem orien-
enn möglich, eine
n Frieden schaf-
des Matin zu-
g einer Revision
mehr so wie bis-
der Türkei einen
England bisher
rdere aber, daß
iskussion die Be-
Italiens anzu-
aßnahmen gegen
hnt. Ein Memo-
nerzeit dargetan,
isch durchführ-
eine Unterredung
er sagte, daß die
sche, der den An-
genüge. Die
sächlich von den
nität der Türkei
dieselben Rechte

ande.

taaten.
ganzen Lande auf
egen Landesstre-
verhaftet und in
. Gegen weitere
den aber wieder
geringerer Ver-

Monarchisten.

fandtschaft hat es
Monarchisten über-
die Königin von
Exkaisers Karls
die betreffenden

e begeben.
ang mit der von
Truppenkonzen-
hat sich nunmehr
Roten Armee auch

im Sejm.
sche Staatshaus-
illiarden aufweist.
gelegt werden.

zwischen Polen

dlungen über ein
Memel haben
reters in Memel,

nitätskonferenz.

tionale Sanitäts-
tag 4 Uhr begon-
grüßungsversamm.
lung in der gro-
die offizielle Er-
z, worauf in die
den soll. An der
er verschiedener
ne Teilnahme an
Völkerbunde ver-
Völkerbunde aber

chen Arbeiter in

Städten Thorn,
d heute auch in
etriebe, einschließ-
ätsarbeiter wegen
streik getreten.

e Note.

twortnote auf die
as Bestehen weiß-
betont der Außen-
lei feindliche Ab-
nd versichert fer-
lei Ueberfälle auf
mt schließlich der
chritte unternom-
daß die Sowjet-
rwirklichung ihren

Handlungs-

eraus starker Be-
lische Gautag des
nverbandes statt.
nde des Verban-
benschmuck glänzen
mit großem Bei-
rachen des als
n Rippel (D. N.)
nd der Angestell-
man in die Ta-
Punkte standen:
und Parlamente
und Politik". Du
beten Redner be-
-nationalen Hand
den Entschließun-
dern: Sicherung
vermittelung der
iebsmonopols der
lbständigen Ange-
das Recht der
ung des achtstün-
ruhe im Handels-
Kaufmannsgerich
e als Berufskam-
en. In der zwei-
erband gegen die
Parteien, durch
cherungen im so
s verhindert wor
Verband die Ge
altung an die de
en und Arbeitge
stimmig Annahm
nommen.

Aus Stadt und Land.

⚠ **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am Freitag dieser Woche im Sitzungssaale der Höheren Mädchenschule statt. Sie beginnt um 4½ Uhr und weist auf der Tagesordnung, die aus dem Anzeigenteil zu ersehen ist, für die öffentliche Sitzung 26 Verhandlungsgegenstände auf.

⊡ **Außerkurssetzung des Castroper Notgeldes.** Das Castroper Notgeld das im Vorjahr mit dem Datum vom 24. 3. 1921 herausgegeben wurde — 25 und 50 Pfg.-, 1 und 2 Mk.-Scheine — verliert nach einer Bekanntgabe des Magistrats am 30. April die Gültigkeit. Es wird aber noch bis zum 31. Mai 1922 bei der Sparkasse und bei der Stadtkasse gegen Reichsgeld umgetauscht. Die Außerkurssetzung erfolgt auf Grund der von uns bereits gebrachten Anweisung des Ministers des Innern, der auf dem Standpunkt steht, daß ein Bedarf für Notgeld nicht mehr vorliege. — Wie kommt es da, daß auch jetzt noch immer Städte und Gemeinden ganze Serien bunter Bilder herausbringen, die durch Ziffernaufdruck zu „Not"geld gemacht werden? Notgeld heißen diese Ausgaben doch wohl nur, weil sie durch den offensichtlichen Beutezug auf die Taschen der Sammler die Finanz-Not der betreffenden Gemeinden beheben helfen sollen! Konsequenterweise müßte die Regierung zunächst mal alle Neuausgaben von Notgeld verhindern. — Uebrigens hat die Stadt Castrop, soweit man hört, mit dem originellen Notgelde des Vorjahres ein glänzendes Geschäft gemacht. Ein großer Teil der Ausgabe ist in die Hände von Sammlern des In- und Auslandes gewandert. Es wird somit nicht zur Wiedereinlösung präsentiert werden. Wie hoch dieser Betrag sein wird, muß die endgültige Abrechnung ergeben.

✉ **Die Polizeistunde ist auf Anordnung des Landrats für den ganzen Landkreis Dortmund auf 11 Uhr abends festgesetzt worden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.**

§ **Eine große Versammlung des gewerblichen Mittelstandes von Castrop und Umgegend** findet am Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr in der Wirtschaft Haller statt. Als Redner wurden die Herren Venning-Merklinde, Steinbusch-Castrop und Dr. Schürholz-Castrop gewonnen. Die Themata der Reden sind aus dem Anzeigenteil zu ersehen. Zu dieser wichtigen Kundgebung des Mittelstandes muß jeder Standesangehörige erscheinen!

♡ **Das Beamten-Ortskartell Castrop** bittet uns, seine Mitglieder, sowie diejenigen Hinterbliebenen von Beamten, die zwecks Wahrung ihrer Rechte der Vereinigung neu beitreten wollen, nochmals auf die morgen abend 7 Uhr bei Haller stattfindende außerordentlich wichtige Versammlung aufmerksam zu machen.

⚠ **Aus dem Polizeibericht.** In der Nacht zum Dienstag wurde von der Polizei ein Obdachloser, der sich nächtlicherweile herumtrieb, festgenommen und ins Polizeigefängnis abgeführt ebenso ein Mann, der sich des groben Unfugs schuldig machte.

✶ **Warum sind die Tabakwaren so teuer?** Rohtabake für Zigarren und Rauchtabake werden vorwiegend aus dem Auslande bezogen. Inlandstabake kommen nur für ganz billige Preislagen mit in Frage. Zigarettentabake sind ausschließlich ausländischen Ursprungs. Zur Bezahlung werden holländische Gulden oder Dollars benötigt. Der Gulden kostete vor Monaten 15 bis 20 Mark, in den letzten Wochen schwankte er zwischen 70 und 110 Mark. Beim Dollar ist das Verhältnis das gleiche. Daraus ergibt sich, daß Rohtabak, der vor Monaten in Holland mit 15 Mark erhältlich war, jetzt bis 110 Mark kostet. Zu diesen durch den Stand der Devisen erhöhten Preisen tritt der erhöhte Goldzoll. Der Zollsatz für Rohtabake beträgt 60 Mark für den Doppelzentner gleich 30 Pfg. für ein Pfund. Infolge des seit dem 1. März 44fachen Goldaufschlages beträgt jetzt der Zoll für ein Pfund Rohtabak 13.20 Mark, dazu treten die fortgesetzten Erhöhungen der Tabaksteuer. Nach der letzten Erhöhung am 1. Oktober beträgt die Banderolesteuer für eine 30 Pfg.-Zigarette 14 Pfg., für eine 40 Pfg.-Zigarette 20 Pfg., für eine 50 Pfg.-Zigarette 25 Pfg. Also 50 Prozent des Verkaufspreises. Dazu kommen noch 15 bis 20 Prozent Zoll, sodaß die gesamte Belastung durch Zoll und Steuer 70 Prozent des Kleinverkaufspreises beträgt. Zwar hat der Reichsfinanzminister die Tabaksteuer für Zigaretten im Kleinverkaufspreis von 25, 30, 40 und 50 Pfg. mit Wirkung vom 15. März d. Js. um 20 Prozent ermäßigt. Diese Vergünstigung ist aber nur eine scheinbare, da Zigaretten in diesen Preislagen nicht mehr hergestellt werden können. Zu den Belastungen durch Zoll und Steuer treten die bedeutenden Erhöhungen aller Betriebsunkosten, wie Porto, Frachten, Verpackung usw., die naturnotwendig einen Ausgleich in der Erhöhung der Preise suchen. Es betragen z. B. die Verpackungs- und Versandkosten für 1000 Zigarren heute durchschnittlich 150 Mark.

♂ **Rauxel-Habinghorst. (Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey in Rauxel (Bahnhof)** eröffnet am 23. März abends 8 Uhr in der Wirtschaft Georg Hubbert in Habinghorst einen öffentlichen Lehrgang für Anfänger. Wir machen unsere Leser darauf besonders aufmerksam. Ein guter Unterrichtserfolg wird gewährleistet; der Lehrgang findet unter Leitung eines geprüften Lehrers der Stenographie statt. — Der genannte Verein stellt uns ferner das Zählergebnis der Schule Stolze-Schrey für die Zeit von April 1920 bis März 1921 und den Bericht über die in letzter Zeit stattgefundenen Verhandlungen wegen der geplanten deutschen Einheitskurzschrift zur Verfügung. Nach dem Zählergebnis der Schule Stolze-Schrey für das Jahr 1920/21 bestehen in Deutschland 1472 Vereine mit 89 925 Mitgliedern. Nach Stolze-Schrey unterrichtet wurden in Deutschland 162 172 Personen. Damit steht die Stolze-Schrey'sche Schule an der Spitze aller stenographischen Körperschaften. In der Schweiz, wo Stolze-Schrey fast allein vertreten ist, wirken für das System 110 Vereine mit 6358 Mitgliedern. Die Zahl der Unterrichteten beläuft sich dort auf 11 291. Vor kurzem wurde amtlich berichtet, daß ein Ausschuß eingesetzt worden ist, der „unter Zugrundelegung des Einheitsentwurfs der Schulen Gabelsberg und Stolze Srey" den Entwurf einer deutschen Einheitskurzschrift endgültig aufstellen soll. Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß bemerkt werden, daß es sich nicht um einen Entwurf der beiden Schulen, sondern um eine Umarbeitung handelt, die je zwei Vertreter von Stolze-Schrey und Gabelsberger an dem bereits von einem früheren Ausschuß aufgestellten Entwurfe vorgenommen haben, und daß eine Billigung des jetzigen Entwurfs durch die beiden Schulen nicht vorliegt. Vielmehr haben sich aus beiden Lagern gewichtige Stimmen von Sachverständigen dagegen vernehmen lassen, daß der Entwurf in dieser Form zur Einheitskurzschrift gemacht wird, weil er an zahlreichen schwer zu behebenden Mängeln leidet und viel zu schwierig ist, als daß danach auch an den Volksschulen unterrichtet werden kann. Die Vertreter fast aller Regierungen haben jedenfalls die Notwendigkeit weiterer Vereinfachung betont. Auch wird der Entwurf nach der Fertigstellung durch den jetzt eingesetzten Ausschuß der öffentlichen Kritik unterbreitet werden. Es wird also noch geraume Zeit vergehen, ehe wir zu der erwünschten Einheit gelangen; ja, das endgültige Schicksal der jetzigen Bemühungen ist sogar noch ungewiß, weil sich immer wieder herausstellt, daß es fast unmöglich ist, durch Zusammenschweißung der beiden Systeme etwas Brauchbares zustande zu bringen. So bedauerlich dies auch erscheinen mag, muß doch darauf gehalten werden, daß die zu schaffende deutsche Einheitskurzschrift die Erfahrungen berücksichtigt, die in den letzten Jahrzehnten im Unterricht und in der Anwendung gesammelt worden sind, und daß sie unsere Jugend nicht unnötig mit Lernstoff belastet.

⊙ **Habinghorst. (Eine Sitzung der Gemeindevertretung)** findet am Donnerstag im Gemeindegasthause statt. Die öffentliche Sitzung beginnt um 4 Uhr. Sie hat 13 Punkte zu erledigen.

♀ **Merklinde. (Die Gemeindevertretung,)** welche am Montag bei Leßmöllmann tagte, faßte folgende Beschlüsse: Die Jahresrechnung für 1920 wurde abgenommen. Sie bezifferte sich bei der Einnahme auf 138 641,27 Mk., bei der Ausgabe auf 170 421,20 Mk., sodaß ein Vorschuß von 31 779,93 Mk. mit in 1921 übernommen werden mußte. — Von dem Aufkommen der Lustbarkeitssteuer soll der Kreis ⅓ bezw. ¼ erhalten. — Die Gemeindehäuser werden zum fünffachen Friedenswert versichert. — Die Kosten für die Erweiterung der Straßenbeleuchtung werden übernommen. — Die Einfriedigung des Sportplatzes wurde abgelehnt. Der Vorsitzende der Sportkommission soll sich mit den Sportvereinen und Schulleitern in Verbindung setzen um zu erreichen, daß Flurschäden vermieden werden. — Die anteiligen Kosten für 10 Mannschaftsröcke und Gurte für die Freiwillige Bürger-Feuerwehr werden übernommen. — Von der Veranlagung zur Emschergenossenschaft für das Jahr 1921 wurde Kenntnis genommen. — Der Antrag des Sängerbundes auf Erlaß oder Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer wurde abgelehnt. — Der Rest der Verhandlungen betraf Armensachen.

Theater, Konzerte, Vorträge.

✶ **Die Mysterienspiel-Woche in Castrop** wurde gestern abend mit der ersten Aufführung des „Deutschen Mysterienspiels" „Das Heil der Welt" eröffnet. Es kann nicht Ziel und Aufgabe dieser wenigen in später Abendstunde, unter der nachhaltigen Einwirkung der prächtigen Wiedergabe geschriebenen Zeilen sein, der hohen Schönheit, dem tiefen Gehalt der würdigen Ausschöpfung dieses Werkes gerecht zu werden. Das sei einer ausführlicheren Würdigung vorbehalten, die wir morgen zu bringen gedenken. Für heute sei die Kritik in die wenigen Worte zusammengefaßt: Eine solche Aufführung hat der Gesellenhaussaal, solange er steht, noch nicht gesehen. Das ist das übereinstimmende Urteil all der vielen Hunderte von Menschen, die ihn besetzt hielten und die drei Stunden lang mit atemloser Stille und in weihevoller Stimmung dem großen Geschehen auf der Bühne folgten. Es waren Stunden der Erhebung, Erbauung und reiner Herzensfreude, wie sie uns wohl nur noch bewußt wurden als wir aus Mutters Mund die erste Kunde von dem Geschehen erhielten, das wir jetzt greifbar nahe auf der Bühne sahen. Da gab es keine Trennung im Publikum und Schauspieler. Die Grenze der Rampe fiel bei der Innigkeit des Miterlebens das Spieler und Zuschauer beseelte. Es ward eine Spielgemeinschaft und somit der notwendige Resonanzboden für die Aufnahme des Mysteriums geschaffen. Möge der gleiche freundliche Stern auch über den weiteren Aufführungen walten! Die nächste findet heute abend ½8 Uhr statt.

Nachrichten aus Westdeutschland.

✶ **Dortmund. (Neuwahl des Oberbürgermeisters.)** Auf der Tagesordnung der nächsten, am 27. März stattfindenden Stadtverordnetensitzung steht u. a. die Stellung zur Neuwahl des Oberbürgermeisters infolge Ablauf der Wahlzeit des seitherigen Inhabers.

✶ **Velde. (Einen plötzlichen Tod)** fand die Ehefrau des Landgebräuchers Ulena hier. Sie wurde vom Schlage getroffen und sank tot nieder, das kleinste Kind noch auf dem Arm haltend. Sieben Kinder sind dadurch der Mutter beraubt worden.

✶ **Gelsenkirchen. (Feststellung der Teuerung.)** Als erste unter den deutschen Städten unternimmt Gelsenkirchen mit dem 1. April d. Js. selbständig den Versuch, auf der Grundlage von Haushaltungsbüchern Teuerungsziffern und eine möglichst einwandfreie Berechnung des sogenannten Existenzminimums aufzustellen. Die Haushaltungsbücher sollen von etwa 30 Arbeiter- und Beamtenfamilien geführt werden, die von den Mitgliedern der „Kommission zur Feststellung des Existenzminimums" gewonnen worden sind. In 31 verschiedenen Spalten sollen die verschiedenen Ausgaben täglich nach Art, Menge und Preis eingetragen werden. Die Zusammenstellung und Weiterauswertung des so erhaltenen Materials geschieht im städtischen statistischen Amt. Diesem werden die Haushaltungsbücher durch Vermittlung der Kommissionsmitglieder monatlich zugestellt, und zwar so, daß die Namen der betreffenden Familien der Stadtverwaltung unbekannt bleiben. Man hofft, auf diese Weise ein genaueres Bild der Preisschwankungen und der Lebensbedürfnisse der Arbeiter- und Beamtenfamilien zu erhalten, als es die bisherigen derartigen Versuche ergaben. Wohl wurden vor dem Krieg auf Veranlassung des statistischen Preisamtes in Berlin in einer beschränkten Zahl deutscher Städte in ähnlicher Weise Haushaltungsbücher geführt, aber aus der Nachkriegszeit kennt man nur Versuche, die auf Geheiß von mehr oder weniger vollständig angesetzten Bedarfsmengen einer gedachten Familie das jeweilige Existenzminimum berechnen sollen. Der besondere Wert der Gelsenkirchener Teuerungsstatistik wird also in der Tatsache liegen, daß sie sich auf die tatsächlichen Ausgaben bestimmter Familien stützt.

✶ **Duisburg. (Die Städtebahn Köln — Dortmund.)** Wenn auch an die Ausführung der geplanten Städtebahn Köln—Dortmund wegen der riesigen Kosten noch nicht gedacht werden kann, beschäftigt der Plan doch immer mehr die Gemeinden und die Wirtschaftsvertretungen des Industriegebiets. Auch in der Versammlung der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Wesel am 13. März wurde die Frage von dem Verkehrsdezernenten der Kammer, Dr. Schwörbel, in eingehenden Ausführungen behandelt und die Frage nach dem Bedürfnis für eine solche Schnellbahn die vor allem dem außerordentlich anwachsenden Massenverkehr im Industriegebiet dienen muß, bejaht. Hinsichtlich der Linienführung stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß man bei dieser Frage den großen wirtschaftlichen Zukunftsinteressen, die nach Norden weisen, unbedingt Rechnung tragen müsse. Als wichtigste und in erster Linie zu bauende Stichbahn wurde neben einer Stichbahn von Duisburg in das Herz des Mörser Industriebezirks eine Stichbahn von Duisburg über die Höfen nach Hamborn und weiter nach Dinslaken und Wesel bezeichnet.

✶ **Koblenz. (Streik.)** 1800 Arbeiter der Eisenindustrie im besetzten Bendorf und Sayn haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung auf Erhöhung der Grundlöhne nicht bewilligt wurde. Die Gas- und Hochofenarbeiter mußten auf Befehl der Interalliierten. Einigungsverhandlungen sind bis jetzt noch ohne Erfolg geblieben.

✶ **Köln. (Der fünftägige Prozeß wegen Spritschiebung)** wurde gestern von der 3. Strafkammer zu Ende geführt. Die Hauptangeklagten, der Korvettenkapitän a. D. Meyer-Berlin und Genossen, waren, als die übrigen Angeklagten dieser Sache kürzlich abgeurteilt wurden, wegen des Eisenbahnerstreiks nicht erschienen, weshalb in dem nachträglichen Termin gegen sie verhandelt werden mußte. Eines Tages wurde der Lastzug „Karlsruhe" mit 327 300 Litern amerikanischen Getreidesprits festgehalten, den Meyer unter Mithilfe verschiedener Hintermänner von auswärts von Rotterdam nach Köln und von da hauptsächlich nach Frankfurt a. M. mit falschen Einfuhrpapieren verschieben sollte. Die Schiebung wurde aufgedeckt und der Sprit beschlagnahmt. Meyer erhielt ein Jahr Gefängnis und 300 000 Mark Geldstrafe, ein Kölner sechs Monate Gefängnis und 300 000 Mark Geldstrafe. Wegen Preistreiberei und verbotenen Großhandels erhielten zwei Berliner Angeklagte zehn bezw. neun Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Ein Frankfurter Schieber wurde zu vier Monaten Gefängnis und 50 000 Mark, zwei kleinere Schieber zu je einem Monat Gefängnis und 150 000 bezw. 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

✶ **Köln. (Verhaftung einer Hochstaplerin.)** Wegen umfangreicher Hochstapeleien wurde hier eine angebliche Freifrau Erna von Guttenberg verhaftet. Die Festgenommene ist eine Ehefrau Schrödl, die schon in München mit ihrem Ehemann wegen zahlreicher Betrügereien eine hohe Gefängnisstrafe erlitten hat. Sie „arbeitete" mit einer gewissen Pauli und ihrem Ehemann zusammen und hatte es besonders auf die Söhne wohlhabender Eltern abgesehen mit denen sie Liebesverhältnisse einging oder sich verlobte, um sie um erhebliche Geldbeträge zu prellen. Sie behauptete u. a., eine Tochter des Fürsten von Fürstenberg zu sein und in Bayern eine Anzahl Schlösser zu besitzen. Den Mitbeschuldigten Pauli stellte sie als ihren Schloßverwalter und Privatsekretär vor, während ihr Mann als schwedischer Großindustrieller und alter Freund der Familie von Guttenberg fungierte.

Der Großhandel über die Kartoffelnot.

Auflösung der Preisausschüsse verlangt.

Düsseldorf, 21. März. Auf Veranlassung der Zentralstelle für den Kartoffelhandel fand hier eine Versammlung der an der Kartoffelversorgung beteiligten Kreise statt. Es hatten sich hierzu in der Hauptsache die Großhändler aus Rheinland und Westfalen eingefunden. In den einleitenden Berichten stellten Dr. Raab und Dr. Roth fest, daß genügend Kartoffeln vorhanden seien, daß sich jedoch die Erzeuger wegen der sogenannten Richtpreise, die den Marktpreisen nicht entsprechen, zu Verkäufen nicht bereit finden ließen. Ein Redner aus Braunschweig berichtete, daß auch in der Stadt Braunschweig infolge der zu niedrig festgesetzten Angemessenheitspreise die Kartoffelversorgung kurz nach der Ernte nicht durchgeführt werden konnte. Obwohl Braunschweig mitten im Erzeugergebiet liege, sei das Landeskrankenhaus in Braunschweig seit vier Wochen und die Reichswehr seit drei Wochen ohne Kartoffeln. Ein Kartoffelhändler aus Gevelsberg forderte den Großhandel auf, jede Tätigkeit einzustellen, bis die Richtpreise aufgehoben und der freie Handel wieder eingeführt werde. Oberstaatsanwalt Wichmann-Düsseldorf wies darauf hin, daß die sogenannten Richtpreise Schutzpreise seien, die unter Teilnahme von Vertretern des Handels, der Erzeuger und Verbraucher festgesetzt würden, um dem Handel bei Einhaltung dieser Preise Schutz gegen ein Eingreifen der Strafbehörden zu gewähren. Bedauerlich sei, daß seit dem Herbst vorigen Jahres der ehrliche Kartoffelhandel sich selbst ausgeschaltet und das Feld dem wilden Handel überlassen habe. Die Versammlung stimmte einer Entschließung zu, in der die Schuld an den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen am Kartoffelmarkt einzig und allein auf die falsche Preispolitik der Regierung geschoben wird. Die Versammlung verlangte die Auflösung der bestehenden Preisausschüsse und Aufhebung der Angemessenheitspreise. Sie ist der Auffassung, daß es keinesfalls als Verstoß gegen die Standesehre angesehen werden kann, wenn der Handel die gegenwärtig bestehenden Richtpreise überschreitet, da er einzig und allein von dem ehrlichen Bestreben getragen sei, die Bevölkerung mit dem notwendigsten Nahrungsmittel zu versorgen. Bei der vorhergegangenen Frühjahrskartoffelbörse kam es nur vereinzelt zu Abschlüssen, weil der großen Nachfrage nur geringes Angebot gegenüber stand.



ein Treffer! auch Sie treffen ins Schwarze, wenn Sie Ihre Waren dem Publikum geschickt und eindringlich durch ständiges Inserieren in der **Castroper Zeitung** anbieten. Ihr Umsatz wird sich von Tag zu Tag heben.

Gewerbebank e. G. m. b. H. Castrop
Kaiser-Friedrichstraße (Mittelstandshaus).
Zweigniederlassung:
Habinghorst, Kronprinzenstraße 38 beim Kaufmann Wilh. Kaltenpoth.
Kassenstunden: 9—12 vormittags und 3—5 Uhr nachmittags. 8099
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.
Scheckverkehr, Gewährung von Krediten und Eröffnung laufender Rechnungen.
Verzinsung zu günst. Bedingungen nach Uebereinkunft.

Die **Carotte** ‹Möhre›
Kahls dunkelrote **Original** ist zuckersüß, mit den ersten Erbsen verbrauchsfertig, es kostet das Paket Samen **nur 2 Mk.**
Diese **Züchtung** sowie viele andere hervorragende **Neuzüchtungen** und **Spezialitäten** finden Sie in meiner reichillustrierten Preisliste. Die Liste enthält außer einem **Gartenbaukalender** viele **fachmännische Kulturanleitungen** und ist so ein wertvoller Nachschlagebuch. Die Liste wird Ihnen auf eine Drucksachenkarte (Porto 40 Pf.), auf der Sie nur Name und Straße schreiben wollen **kostenlos** zugesandt. Schreiben Sie sofort. 753
Samenhaus L. C. Kahl, Frankfurt am Main,
Versandabteilung Schwedlerstr. 5

Spitzenfabrik P. Maedler
Plauen 1.55
liefert W.-Verk. Wäschestickereien, Spitzen, Stoffe, Reste, (ev. Kommiss.)

Neuer Covercoat u. schwarzer Gehrock
preiswert zu verkaufen.
Hernerstraße 24, 1 Etage.

Plakate für Vereine und Gesellschaften (ein- und zweifarbig) liefert sauber u. preiswert die Buchdruckerei der **Castroper Zeitung.**

Hochtragendes 1864
Milchschaf
zu verkaufen. Holthausen, Karlstraße 38.

Kräftiger 1858
Laufbursche
zum 1. April gesucht.
Wilhelm Grafe,
Milchgeschäft
Castrop-Schwerin.

Tüchtige 1850
Verkäuferin
für mein Putz-, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren-Geschäft gesucht.
Josef Wallach,
Münsterstraße 14.

Tücht. Näherin
ins Haus gesucht 1862
Habinghorst,
Kronprinzenstr. 64, 2. Etg.

Für sofort ein ordentliches, nicht zu junges 1867
Mädchen
gesucht. Zu melden
Frau Lippe,
Ad. Kalsbach, Münsterstr. 3

Braves, fleißiges 1856
Mädchen
nicht unter 24 Jahren für kl. Haushalt, 2 Personen als Alleinmädchen, Kochen Bedingung, bei hohem Lohn zum 1. April gesucht.
Frau Fritz Klose, Ickern, Conditorei und Kaffee Dorstraße 114.

Sauberes 1859
Morgenmädchen
zum 1. April gesucht.
Frau J. Neuhaus Rauxel, Kaiserstr. 13.

Welcher edeldenkender Bürger leiht einem ehrenvollen Familienvater 1863
5000 Mk.
Rückgabe auf schnellsten Wege und nach Uebereinkunft bei 10 Proz. Zinsen. Sicherheit auf Lohn vorh. Off. unter N. N. an die Filiale L. Weckind, Habinghorst, Kronprinzenstr.

Warnung.
Warne hierdurch diejenigen das Gerücht über Fräulein Elfriede Munkenbeck und mich weiter zu verbreiten, andernfalls ich gerichtlich vorgehen werde. 1854
Friedrich Schlücker.

Städt. Realgymnasium und Städt. höhere Mädchenschule zu Castrop.

Das neue Schuljahr beginnt **Mittwoch, den 26. April 1922, morgens 8 Uhr.** Die Aufnahmeprüfung der für die Sexta des Real-Gymnasiums angemeldeten Schüler findet **Montag, den 3. April** morgens 8 Uhr, die Aufnahmeprüfung der für die **Klasse 7** der Höheren Mädchenschule angemeldeten Schülerinnen **Dienstag, den 4. April** morgens 8 Uhr statt. Die für die Klassen V-UI des Realgymnasiums und die für die Klassen 6-1 der Mädchenschule Angemeldeten werden am 1. Schultage nach Ostern **Mittwoch, den 26. April morgens 9 Uhr** geprüft. Die Anmeldungen sind baldigst bei dem Anstaltsleiter zu bewirken.

Der Magistrat: Schmitz. 1868

Einladung

zu einer Sitzung der Stadtverordneten auf Freitag, den 24. März 1922, nachmittags 4½ Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal.

1. Kenntnisnahme von der außerordentlichen Revision der Stadt- und Sparkasse.
2. Desgl. von dem Holzverkauf im Stadtwalde.
3. Beschlußfassung für das aus der Schlachthofkommission ausgeschiedene Mitglied, Metzgermeister Schulte, Castrop und das aus der Verkehrskommission und dem Verwaltungsausschuß ausgeschiedene Mitglied Baumunternehmer O. Lamberty.
4. Wahl des Auslese-Ausschusses für die endgültige Ueberleitung der Begabten-Freistellen am Realgymnasium.
5. Antrag des Magistrats auf Erlaß eines 1. Nachtrages zu der Ordnung betr. die Erhebung von Gebühren für die polizeiliche Genehmigung und Beaufsichtigung baulicher Anlagen in der Stadt Castrop.
6. desgl. auf Festsetzung eines Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1922.
7. desgl. auf Genehmigung der Abrechnung über die Kriegswohlfahrtsanleihe.
8. Nachweis über die vorhandenen städtischen Kapitalien am 1. Januar 1922.
9. Antrag des Magistrats auf Festsetzung und Genehmigung des 2. Nachtragshaushaltsplanes über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1920,
   1. Stadtkasse, 2. Armenkasse, 3. Kasse der städtischen Bibliothek, 4. Realgymnasialkasse, 5. Höhere Mädchenschulkasse, 6. Volksschulkasse, 7. Fortbildungsschulkasse, 8. Kasse des Stadtausschusses für Jugendpflege, 9. Kasse der Volkshochschule.
10. desgl. auf Festsetzung und Genehmigung des Nachtragshaushaltsplanes über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Schlachthofkasse für das Rechnungsjahr 1921.
11. desgl. auf Festsetzung und Genehmigung des Haushaltsplanes über die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse für das Rechnungsjahr 1921.
12. desgl. auf Festsetzung und Genehmigung des Nachtragshaushaltsplanes über die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1921,
    1. Stadtkasse, 2. Armenkasse, 3. asse der städtischen Bibliothek, 4. Realgymnasialkasse, 5. Höhere Mädchenschulkasse, 6. Volksschulkasse, 7. Fortbildungsschulkasse.
13. desgl. über die Deckung der Mehrausgaben zu beschließen.
14. Antrag des Magistrats ihn zur ordnungsmäßigen Fortführung der Verwaltung bis zur Genehmigung des Haushaltsplanes für 1922 zu ermächtigen.
15. desgl. auf Drucklegung der Haushaltspläne für 1922.
16. desgl. auf Erlaß einer neuen Gebührenordnung für die Benutzung des städtischen Schlachthofes.
17. Antrag des Magistrats auf Einrichtung eines Lagerraumes für Eis am Schlachthof.
18. desgl. auf Abschluß eines Vertrages über Vermietung der Wurstküche am Schlachthof auf die Dauer von 5 Jahren.
19. desgl. auf Instandsetzung der Haushaltungsschule und Beschaffung der erforderlichen Geräte zwecks Wiederaufnahme des Haushaltungsunterrichts zu Beginn des neuen Schuljahres.
20. desgl. auf
    a) Errichtung der 2. Lehrerstelle an der Höheren Mädchenschule,
    b) Uebertragung der Leitungsbefugnisse an den zur Anstellung gelangenden Lehrer,
    c) zu beschließen, daß für den jeweiligen Inhaber dieser Stelle Anstellungsfähigkeit für das höhere Lehramt gefordert wird.
21. desgl. auf Beschaffung eines Kinoapparates für Volksbildungs- und Schulzwecke.
22. desgl. auf Abänderung des Ortsstatuts betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 4. März 1909.
23. Antrag der Polizeibeamten auf Auszahlung des Gehaltes nach der neuen Besoldungsordnung.
24. desgl. auf Erlaß eines 1. Nachtrages zu der Ordnung betr. die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Castrop.
25. desgl. auf Bewilligung eines Zuschusses an die Bergmannssiedlung Henne zu den Kosten für die Erwerbung eines Grundstückes an der Frohlinderstraße.
26. desgl. auf Abschluß eines Vertrages mit dem Wirt Hugo Baal über den Erwerb von Baugelände an der Holzstraße für Bergmannssiedlungen.

Geheime Sitzung.

Castrop, den 21. März 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
Dr. Vegels.

Bekanntmachung

An der Karl- und Münsterstraße je 1 Sechziger Gartenpachtland frei. Bewerber, welche die Mitgliedschaft besitzen, wollen sich bis zum Dienstag, den 28. März schriftlich bei dem Vorstand melden. 303

Castrop den 21. März 1922.

Gemeinnützige Baugenossenschaft e. G. m. b. H. zu Castrop. Der Vorstand.

Große Versammlung

des gewerblichen Mittelstandes von Castrop und Umgegend

am Freitag, den 24. März 1922, abends 8 Uhr in Castrop in der Wirtschaft Haller am Markt

Es sprechen:

1. Baugewerksmeister **Benning, Merklinde:**
   „Was hat der gewerbliche Mittelstand dem staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau zu geben."
2. Syndikus **Steinbusch** vom Mittelstandshaus Castrop:
   „Die Einkommensteuererklärung für 1921. Die Gewerbesteuer und die Notwendigkeit ihrer Reform."
3. **Dr. Schürholz, Castrop:** „Berufsstand und Volksgemeinschaft."

Wegen der Bedeutung der staatlichen und gemeindlichen Gegenwartsforderungen an uns. Berufsstände bitten wir auch sämtliche Stadtverordneten u. Gemeindevertreter um ihr Erscheinen.

Handwerks- u. Gewerbeamt Castrop Siebert. **Baugewerbeamt Castrop** Benning.

Verein für Handel und Gewerbe Hoings. 1861

Wer hat Stoff!

Fertige an: Anzüge, Paletots, Schlüpfer usw. nur in eigenen Werkstätten mit guten Zutaten von Mk. 550 an 1185

Mechanische Großschneiderei Heinr. Redich, Herne,

Neustrasse 76. 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Haverkamp Homöopath

M. d. V. H. P. V.



Behandlung sämtlicher Krankheiten auch in veralteten Fällen. **Sprechzeit** nur in Habinghorst, Bülowstraße 19, Haltestelle Post, **jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag** von 8—5 Uhr, **Sonnabend** von 10—12 Uhr vormittags. Bitte Wasser mitbringen. 1776

Alle Arten Damen-Hüte

werden nach modernsten Formen

umgenäht

Geschw. Mohr

Fassonier-Anstalt in Damen- und Herren-Hüten

Ickern, Dorfstraße 9,

Eine Straßenbahnfahrt wird vergütet. 1730

Bauschlosser- u. Schmiedearbeiten

Drahtgitter, Zaun-, Schaufenstergitter, Eisenkonstruktion. Ausführung von Reparaturen an Maschinen für alle gewerbliche Zwecke. Lieferung von Ersatzteilen nach Zeichnung oder Muster. Preiswert und gut. 3563

Jos. Keidt & Söhne, Mechanische Werkstatt, Ankerwickelei.

Castrop-Schwerin. Telefon Amt Castrop 422

Huhn zugelaufen!

Eigentumsansprüche sind bis zum 24. März geltend zu machen, andernfalls erfolgt die

Versteigerung

des Tieres am Samstag, den 25. März 1922, vormittags 10 Uhr in der Polizeiwache Zimmer 3, Verwaltungsgebäude 2, Wittenerstr. 28.

Castrop, den 21. März 1922.

302 **Die Polizeiverwaltung.**

Platin, Gold, Silber, Juwelen

kauft 8396

Rupert Schmudde, Juwelier,

Castrop, Wittenerstraße 3 am Markt.

Wir suchen für sofort 1857

2 geweckte junge Leute

im Alter von 18 bis 20 Jahren mit guter Handschrift als Wagennotierer. Zu melden am Portier I.

Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., Fabrik Rauxel.

Creme-Peltzer gegen rauhe Haut!

Zu haben Drogerie **Hennewig** u. **Appelhans.**

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**

beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit Eckolda 100000 sind zufriedengestellt. Neuer den Erfolg (v. Fachm. begutachtet) werden Sie staunen. Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in 28, bei Fritz Pfaff Castrop, Münsterstraße 22.

Kartoffeln

angekommen.

W. Opalka,

Landesprodukte

Widumerstr. 43. Tel. 204.

Ein weißer Herd, 2 Bettstellen mit Matratzen, 2 Stühle, 1 Nachtkonsole, 1 Bügeleisen u. 1 Küchenschrank zu verkaufen.

Marx, Obercastrop, 1853 Rudolfstraße 2.

Blasenschwäche

beseitigt mit glänzendem Erfolge

Tausende einlaufende Anerkennungen Auskunft 1260 frei.

Institut Naumer

Recklinghausen i. W. N. 273

Zum 1. April oder später **tüchtiges Mädchen** welches auch eine Kuh melken kann, für den Haushalt gesucht. Dieselbe auch ein **Kindermädchen** 1835 welches etwas Hausarbeit mit verrichten gesucht. Waschfrau vorhanden. Zu erfragen **Kaiser Friedrichstr. 12 prt.**

Wasch-maschinen

509

eigene Fabrikation tadellose Ausführung billigste Preise

Ch. Hoings

(Firma: Fr. Geilmann)

Castrop Hint. d. Post

Matratzen und Sophas

polstert mit bestem Material dauerhaft und billig auf. Neue Polstersachen werden in eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.

Jakob Deden,

Polsterer und Dekorateur, Widumerstr. 50, Tel. 122. Viktoriastraße 69.

Anker-Registrierkasse

etwas gebraucht, zu verk.

Arthur Genenger,

Dortmund, Ardeystraße 78 **Telefon 5107. 1766**

B. WELLNER

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale. - Zentralheizung.

Fernruf 144 Amt Castrop

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
21. 3.	22. 3.	23. 3.

3 außergewöhnliche Sensationstage 3

Eddi Polo

in

Mit Büchse und Lasso

1., 2. und 3. Teil

18 Akte. 18 Akte.

1. Episode: „Heisser Boden"
2. „ „In wildem Ringen"
3. „ „Gegen Hass und Neid"



Mit Büchse und Lasso.

4. Episode: „Das Antlitz des Todes"
5. „ „Durch Not und Tod"
6. „ „Glühende Rache"

folgen am 28. März in 16 Akten.

Karten im Vorverkauf werden an diesen 3 Tagen jeden Nachmittag 3 Uhr an der Kasse abgegeben.

Anfang 4 Uhr.

Aenderungen im Programm vorbehalten.

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

Für die musikalische Begleitung der Filme Herr Kapellmeister W. Mohr.

Empfehle mich zum Frisieren in und ausser dem Hause

Helene Glapski,

Ober-Castrop 1869 Hedwigstraße 42.



Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. Mainz.